



Newsletter: NRW gegen Diskriminierung

Vorwort

Der Newsletter der Servicestellen informiert regelmäßig über die Arbeit der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit, weist auf Veranstaltungen im Themenfeld hin und empfiehlt Literatur für die Arbeit gegen Diskriminierung. Er richtet sich an PraktikerInnen in der Integrations- und Antirassismusbereich. Wie gewohnt der Hinweis, dass es allen Integrationsagenturen offensteht, Artikel zu ihrer Arbeit im Bereich Antidiskriminierungsarbeit einzureichen, und dass wie bisher die im Text gekennzeichneten Hyperlinks durch „Strg“ + *Anklicken* direkt aufgerufen werden können.

Als Neuerung sind neben den Lesezeichen rechts auch in der Inhaltsangabe auf den Seiten 2 und 3 in den Seitenangaben (Seite X) ein Lesezeichen integriert, das durch Anklicken direkt zum jeweiligen Artikel führt.

Im Folgenden die zweite Ausgabe des Newsletters für 2012.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen
die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen

Mail: paez.ac@t-online.de
www.gleichbehandlungsbuero.de
0241 4017778

Planerladen e.V.

Integrationsprojekt im Wohnbereich
Mail: integration@planerladen.de
www.integrationsprojekt.net
0231 8820700

Antidiskriminierungsbüro Siegen

Mail: guel.ditsch@vaks.info
www.mediathek-gegen-rassismus.de
0271 3175745

AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln

Mail: info@oegg.de
www.oegg.de
0221 96476300

Anti-Rassismus Informations-Centrum

ARIC-NRW e.V.

Mail: info@aric-nrw.de
www.aric-nrw.de
0203 284873



Gefördert vom

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen





Aus der Arbeit der Servicestellen I/II:

Beratung

- Das **GBB Aachen** berichtet über einen Fall aus seiner Beratungsarbeit, in dem es um die **Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger bei der Eheschließung aufgrund ausländischer Herkunft** geht. (Seite 15)
- Außerdem möchte das **GBB Aachen** auf die **Opferberatung Rheinland** hinweisen – ein Angebot von **IDA NRW** der **Beratung und Unterstützung für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt**. Ein Beratungsteam hat seinen Sitz in Aachen. (Seite 27)
- Der **Planerladen e.V.** stellt den **Dortmunder Info-Flyer** des **freundeskreises nEUBürger und roma** vor. Ein Informationsangebot über Versorgungs- und Beratungsangebote, die EU-Neubürgern offenstehen, um einen Zugang zu Beratung in oft ausweglos erscheinenden Situationen zu schaffen. (Seite 23)

Bildungsarbeit / Prävention

- Das **GBB Aachen** wandelt **auf den Spuren Aachener Kolonialgeschichte** und wird sich in Form einer Aus- bzw. Wanderausstellung mit einer systematischen Unrechtserfahrung auf lokaler Ebene befassen: der Kolonialgeschichte der Stadt Aachen. (Seite 13)
- Die **Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung** lädt zu ihrem Workshop „Medien und Materialien für die Bildungsarbeit gegen Diskriminierung und Rassismus“ ein. (Seite 4)
- Das Projekt „**Richtig streiten will gelernt sein – Konfliktmanagement in der Dortmunder Nordstadt**“ des **Planerladen e.V.** wird aufgrund des großen Erfolgs bis 2015 fortgesetzt! (Seite 19)



Aus der Arbeit der Servicestellen II/II:

Sensibilisierungs- / Öffentlichkeitsarbeit

- Der Verein „**Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (ÖgG e.V.)**“, Träger des **AntiDiskriminierungsbüros Köln**, feiert sein 20-jähriges Bestehen. (Seite 8)
- „**Triumph-Musik der Mafia**“ – **ARIC-NRW e.V.** fordert ein Ende der oft rassistischen Berichterstattung in der lokalen Presse zur Zuwanderung aus Südosteuropa. (Seite 9)
- Sechs Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) – **ARIC-NRW e.V.** weist auf die **Pressemitteilung** des **Antidiskriminierungsverbands Deutschland (advd)** hin. In ihr stellt der **advd** fest: **Die Reichweite des Gesetzes ist immer noch sehr begrenzt und Betroffenen fehlt es an Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte.** (Seite 25)
- **BESSER LEBEN OHNE NAZIS/SCHÖNER WOHNEN OHNE NAZIS** auch im **September 2012... und darüber hinaus!** **Planerladen e.V.** sagt: **WIR SIND DORTMUND. NAZIS SIND ES NICHT.** (Seite 17)
- Ferner lud der **Planerladen** zur **Filmvorführung „Kriegerin“ mit anschließender Diskussion** ein. David Wnendts Film „Kriegerin“ vermittelt einen tiefen Einblick in die rechte Szene und schildert, wie zwei junge Mädchen in diese Szene abrutschen und später darum kämpfen, sich aus dieser wieder zu lösen. (Seite 18)
- Das Jugendforum Nordstadt, die Gertrud-Bäumer-Realschule und der **Planerladen e.V.** diskutierten mit Jugendlichen über **Rassismus im Alltag**. Ferner wurde im Rahmen der Antidiskriminierungskampagne des AStA der FH Dortmund **das Integrationsprojekt** des **Planerladen e.V.** und seine Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen vorgestellt. (Seite 20)
- Ferner bleibt für den Wohnbereich festzuhalten, dass **der Zustand der Problemimmobilien in der Dortmunder Nordstadt unverändert schlecht ist** (Seite 21).
- Des Weiteren setzte der **Planerladen e.V.** seine Veranstaltungsreihe „Bürgerforum – Nord trifft Süd“ mit den Veranstaltungen **„Frauengruppen und Stadtteilkultur“** und **„Chöre und Gesangsgruppen im Stadtteil“** fort. (Seite 24)



Veranstaltungen:

Workshop „Medien und Materialien für die Bildungsarbeit gegen Diskriminierung und Rassismus“

Veranstalter:

Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung / Integrationsagentur als Servicestelle für die Antidiskriminierungsarbeit

Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen VAKS e.V.

Veranstaltungsort:

Gebäude der Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung (Tel. 0271 2501383)
Tiergartenstraße 9, 57072 Siegen

Termin: 09.11.2012

Uhrzeit: 10.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Anmeldungen bis 26.10.2012 unter mediathek@vaks.info

Beschreibung:

Am 09.11.2012 findet in der *Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung* ein Workshop über „Medien und Materialien für die Bildungsarbeit gegen Diskriminierung und Rassismus“ statt. Dieser richtet sich vor allem an Fachkräfte der Integrationsagenturen in NRW, die den Bestand unserer Mediathek bestehend aus Fachbüchern, Büchern, Broschüren, Filmen, CD, Kinderbüchern etc. vor Ort sichten möchten, um für sich einen Überblick über die geeignete Auswahl entsprechender Materialien zu verschaffen. Im Fokus wird der aktualisierte Anti-Rassismus-Training Koffer stehen.

Mitarbeiterinnen der Mediathek gegen Rassismus und Diskriminierung und des Antidiskriminierungsbüros Siegen werden die TeilnehmerInnen anhand einer Powerpoint-Präsentation und Rollenspielen mit dem Anti-Rassismus-Training Koffer bekannt machen. Die Fortbildung findet in den Räumlichkeiten der Mediathek in Siegen statt. Für den weiteren Verlauf unserer Vorbereitungen ist es wichtig, eine rechtzeitige Mitteilung über die Teilnahme an dem Workshop zu erhalten. Wir bitten deshalb bis zum 26.10.2012 um eine verbindliche Anmeldung unter mediathek@vaks.info.

Bitte geben Sie bei der Anmeldung zum Workshop den Namen der Integrationsagentur, deren Standort, den Namen der Teilnehmerin bzw. des Teilnehmers sowie ihre bzw. seine Funktion/Qualifikation an. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Internet: www.mediathek-siegen.de

3. Workshop für Integrationsagenturen

Antidiskriminierungsarbeit in den Integrationsagenturen – Impulse für die praktische Arbeit

Veranstalter:

Arbeitsausschuss Migration der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW & der **Qualitätszirkel für Antidiskriminierungsarbeit**

Termin: 11.12.2012

Uhrzeit: 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Ort: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Lenaustraße 41, 40470 Düsseldorf

Die Höchstteilnehmerzahl beträgt 20 Personen. Das vollständige Programm mit Anmeldemöglichkeit wird den Integrationsagenturen in Kürze zugesandt!



Literatur / Publikationen:

- MieterEcho Nr. 355 Juli 2012 – Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft e.V.:
Ungleicher Zugang – Diskriminierung und Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt.
(u. a. mit dem Artikel „Absage mit einem Lächeln - ‘Testing‘ weist Diskriminierung bei
der Wohnungsvergabe nach“ von Joel Vogel mit Erfahrungen des Planerladen e.V.)
(Download unter www.bmgev.de/uploads/media/MieterEcho_Nr.355.pdf)
- Montag Stiftung Urbane Räume/KALKschmiede* (Hrsg.) 2012: Zuwanderung aus
Rumänien und Bulgarien. Hintergrund, Herausforderungen und Handlungsansätze.
Erfahrungen aus nordrheinwestfälischen Städten.
(Download unter http://www.kalkschmiede.de/fileadmin/Redaktion/Urbane_Raeume/Bilder/Projekte/Kalkschmiede/Projekte/Auf_gute_Nachbarschaft/Zuwanderung_aus_Rumaenien_und_Bulgarien.pdf)



Empfehlungen der Mediathek gegen Rassismus Siegen (I/II)

(Die Titel können unter www.mediathek-siegen.de ausgeliehen werden)

Brinkmann, Heinz; Ulrich, Siegfried; Posselt, Ralf-Erik (Hrsg.) (2011)
Gewalt zum Thema machen – Gewaltprävention mit Kindern und Jugendlichen
Medienart: Buch [ID: 07493](#)

Bundschuh, Stephan; Drücker, Ansgar; Scholle, Thilo (Hrsg.) (2012)
Wegweiser – Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus –
Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven
Medienart: Buch: [ID: 08006](#)

Eskara, Okan (2011)
Lehrkräfte mit Migrationshintergrund:
Beitrag zur Integration, Förderung, Interkulturalität
Medienart: Buch: [ID: 07849](#)

Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und
Integration European Commission (Hrsg.) (2011)
Bekämpfung der Diskriminierung – Ein Schulungshandbuch
Medienart: Buch: [ID: 07788](#)

Geisler, Astrid; Schultheis, Christoph (2011)
Heile Welten – Rechter Alltag in Deutschland
Medienart: Buch: [ID: 07859](#)

Hardinghaus, Christian (2012)
Der ewige Jude und die Generation Facebook – Antisemitische NS- Propaganda
und Vorurteile in sozialen Netzwerken.
Medienart: Buch: [ID: 08009](#)



Empfehlungen der Mediathek gegen Rassismus Siegen (II/II)

Kaminsky, Sarah (2011)
Adolf Kaminsky – Ein Fälscherleben
Medienart: Buch: [ID: 07577](#)

Kelek, Necla (2012)
Chaos der Kulturen – Die Debatte um Islam und Integration
Medienart: Buch: [ID: 07842](#)

Medienprojekt Wuppertal e.V. (2011)
Kaum mehr als nichts – Eine Filmreihe über Armut
Medienart: DVD: [ID: 07637](#)

Speckmann, Guido (2012)
Faschismus
Medienart: Buch: [ID: 07675](#)

Impressum:

Texte und Herausgeber: Integrationsagenturen, Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit
Redaktion und Layout: ARIC-NRW e. V.

Kontakt: newsletter@NRWgegenDiskriminierung.de

© 2011

Bildrechte: Fotos in der Kopfzeile © Bildagentur Fotolia (Franz Pflügel, Olivier Le Moal, Miroslav)



20 Jahre Einsatz gegen Rassismus – „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.“, Träger des **AntiDiskriminierungsBüros (ADB) Köln**, feiert Jubiläum

Was „Wissen schafft“ und welchen Zusammenhang es zwischen Chips und Rassismus geben kann, das erfuhren die Besucher_innen der etwas anderen Veranstaltung zum Thema „Rassismus und (die deutsche) Sprache“ am letzten Freitag (14.09.2012) im VHS-Forum in Köln. Hierzu war der Berliner Autor und Spoken Word Künstler Philipp Khabo Köpsell geladen, der zum Anlass des 20-jährigen Jubiläums des Vereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.“ aus seinem Buch „Die Akte James Knopf“ vorlas, um sich im Anschluss seiner Performance den Fragen des Publikums zu stellen.

Organisiert wurde die Veranstaltung von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. in Kooperation mit dem „Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V.“ und dem Forum Volkshochschule.

Nach der Begrüßung durch die Organisator_innen John Mukiibi (ÖgG) (in Vertretung für Sanata Nacro) und Michaela Schmitt-Reiners (VbFP e.V.) verlas Gabriele Metzner, Gründungsmitglied von ÖgG, das Grußwort eines ehemaligen und sehr engagierten Mitarbeiters des Vereins, Herrn Dogan Akhanli. In dem sehr persönlich formulierten Grußwort machte er deutlich, was der Verein für ihn bedeutet und fasste seine Begeisterung mit den Worten „Ich liebe ÖgG!“ zusammen.

Gabriele Metzner führte die ca. 100 Besucher_innen daraufhin auf eine Zeitreise in die Gründungs- und Anfangsjahre von ÖgG, die – wie die heutige Arbeit – von dem unermüdlichen Kampf gegen Rassismus geprägt waren. Aus einer Bürgerbewegung von etwa 500 Kölnerinnen und Kölnern, die sich als Reaktion auf die rassistisch motivierten Brandanschläge auf Asylbewerberheime bildete, entstand 1992 der Verein „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.“, der heute Träger des AntiDiskriminierungsBüros Köln ist. Allerdings müsse uns klar sein, so Gabriele Metzner, dass Antidiskriminierungsarbeit nur ein kleiner, aber notwendiger Baustein antirassistischen Engagements sei. „Für das breite Feld dieses und aller übrigen Bausteine brauchen wir nach wie vor die Wachsamkeit und das entschiedene Handeln der Vielen, nicht nur bei spektakulären Höhenpunkten, sondern auch bei den Mühen der Ebene!“



Foto: Nando Nkrumah

Dann betrat Philipp Khabo Köpsell die Bühne. Mit einer Mischung aus politischer Satire und bissiger Poesie in deutscher und englischer Sprache brachte der gebürtige Göttinger und Afrikawissenschaftler die Zuhörer_innen zum Nachdenken über die alltägliche rassistische Sprache, über weiße Wissenschaft und Afrikabilder in der Gesellschaft. Die anschließende Diskussion mit dem Künstler verlief, angeleitet von der Moderatorin Nadina Schwarzbeck, trotz des emotional aufgeladenen Themas sehr produktiv und ruhig. Die vielen unterschiedlichen Wortbeiträgen zeigten, dass sehr verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Meinungen zu der Veranstaltung gekommen waren. Noch lange nach der Beendigung der Veranstaltung standen Menschen zusammen und diskutierten die Inhalte der Lesung bei Sekt und kleinen Häppchen.

Ein wirklich gelungener Abend, denn – um es in den Worten des Künstlers zu sagen – „If you are listening, then you are the resistance!“



Foto: Nando Nkrumah

Text: Ilka Simon (Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.)



„Triumph-Musik der Mafia“ – Der Rassismus in der lokalen Presseberichterstattung zur Zuwanderung aus Südosteuropa

ARIC-NRW e.V. (Hier lesen Sie die Online-Version, in der einige Zitate fehlen, die Stereotypisierungen enthalten. Den vollständigen Artikel erhalten Sie u. info@aric-nrw.de)

Mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU im Jahr 2007 erhielten deren Bürger das Freizügigkeitsrecht und haben die Möglichkeit, sich unter bestimmten Umständen in den anderen EU-Staaten niederzulassen. Die rechtlichen Voraussetzungen für den Aufenthalt in Deutschland sind der Nachweis einer Krankenversicherung und der eigenen Existenzsicherung. Die vollen Arbeitnehmerrechte erhalten die Bürger aus den genannten Ländern nicht, da Deutschland als eines von wenigen EU-Ländern Gebrauch von einer Übergangsregelung zur Abschottung des Arbeitsmarkts bis zum 1. Januar 2014, die nur wenige Ausnahmeregelungen zulässt, macht.

Viele Rumänen und Bulgaren, unter ihnen Roma und andere Minderheitenangehörige, nutzen das Freizügigkeitsrecht und kommen nach Deutschland, um für sich und ihre Familien ein besseres Leben aufzubauen. Aufgrund der o.g. Regelungen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt und der Erhalt von Sozialleistungen für diese neue Bevölkerungsgruppe stark eingeschränkt. Daher leben viele in prekären sozialen und Wohnverhältnissen. Trotzdem hält der Zuzug z. B. nach Duisburg-Hochfeld unvermindert an, wo am 1.09.2012 318 rumänische und 1923 bulgarische Staatsbürger lebten.

Die Stadt Duisburg hat im Frühjahr 2012 ein Handlungskonzept verabschiedet, mit dem auf die negativen Begleiterscheinungen der Neu-Zuwanderung reagiert werden soll. Dessen Handlungsempfehlungen, die in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung und den Wohlfahrtsverbänden erstellt wurden, erstrecken sich auf die Lebensbereiche Gesundheit, Bildung, Wohnen und Arbeit. Sie decken zudem den Umgang seitens der Stadtverwaltung mit aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragestellungen sowie ordnungsrechtlichen Maßnahmen ab.

Wie auf die öffentliche Diskussion zur Neuzuwanderung reagiert werden soll, dazu äußert sich das Handlungskonzept allerdings nicht.

Über die Neuzuwanderung und ihre vermeintlichen Folgen wird seit einiger Zeit in den Duisburger Medien und in den umliegenden Städten ausführlich und zumeist negativ berichtet. In der Berichterstattung wurden die NeuzuwanderInnen größtenteils undifferenziert als "Roma und Sinti" identifiziert.

Zudem wird auf stereotype, antiziganistische Vorurteile zurückgegriffen, um die Lebenssituation der Menschen zu beschreiben und zu bewerten: "xxx" Anmerkung: In der Online-Version dieses Artikels verzichten wir auf dieses Zitat und den entsprechenden Link, um nicht zur Verbreitung von rassistischen Stereotypisierungen im Internet beizutragen.¹

¹ Artikel vom 05.09. 2011 auf der www.derwesten.de,



Hier wird ein bekanntes antiziganistisches Muster deutlich: Roma entziehen sich wegen ihrer vermeintlichen Nicht-Sesshaftigkeit den hierzulande erreichten zivilisatorischen Errungenschaften. Ebenso tritt das bekannte rassistische Schema zu Tage, das neu zugewanderte Gruppe in einem Gemeinwesen am häufigsten zur Zielscheibe werden lässt, wenn es darum geht, angebliche Ursachen bzw. Verantwortliche für soziale Missstände zu benennen, obwohl vielfach die wahren Verursacher bekannt oder offensichtlich sind.

Weiterhin werden im Zuge der Berichterstattung häufig nur die negativen Aspekte der Zuwanderung aus Südosteuropa beleuchtet: Kriminalität, Müllprobleme, Ausbeutung und Prostitution stehen im Mittelpunkt: *"xxx" Anmerkung: In der Online-Version dieses Artikels verzichten wir auf dieses Zitat und den entsprechenden Link, um nicht zur Verbreitung von rassistischen Stereotypisierungen im Internet beizutragen.*²

Einige Interessensvertretungen im Stadtteil greifen eine derartige Rhetorik auf, in dem sie Missstände wie Vandalismus im Stadtteil in direktem Zusammenhang mit dem Zuzug aus Südosteuropa bringen *„...gegen den Zuzug von Bulgaren protestieren und die Politik auffordern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die damit einhergehende Verwahrlosung der Zivilgesellschaft aber auch des geltenden Rechts zu unterbinden.“*³

Auffällig ist, je weiter die Redaktionen von Hochfeld entfernt sind, desto schriller werden die Töne in der Berichterstattung. So werden aus kriminellen Aktivitäten einiger Neuzuwanderer in der Nachbarstadt Moers ein *„Raubzug in der Region“*⁴, die von einer *„...Flut krimineller Banden aus Duisburg“*⁵ verübt werden. Der Artikel geht noch weiter, indem alle bulgarischen und rumänischen Menschen aus Hochfeld undifferenziert kriminalisiert werden: *„Die Polizei weiß natürlich, dass die Täter aus Duisburg-Hochfeld stammen, wo sich ein paar Tausend angesiedelt haben“*⁶. In dem Artikel werden die Polizei Moers und Duisburg sowie das Landeskriminalamt (LKA) genannt.

Gegenrecherchen von ARIC ergaben, dass es sich nicht um offizielle Stellungnahmen der genannten Stellen handelte und über den zahlenmäßigen Umfang in Bezug auf die Nationalität der Tatverdächtigen keine Aussagen getroffen wurden.

In eine ähnliche Kerbe wie der vorgenannte Artikel schlägt ein Kommentar einer anderen Lokalzeitung überschrieben mit *„Triumph-Musik der Mafia“*, der pauschalisierend Straßen-Musiker mit den kriminellen Aktivitäten in Zusammenhang bringt: *„xxx“ Anmerkung: In der Online-Version dieses Artikels verzichten wir auf dieses Zitat und den entsprechenden Link, um nicht zur Verbreitung von rassistischen Stereotypisierungen im Internet beizutragen.*⁷

² Artikel vom 26.07.2012, auf www.derwesten.de

³ Offener Brief des Zukunftsstadtteil e.V., <http://www.rohmert-medien.de/immobilienbrief/offener-brief-zukunftsstadtteil-duisburg-hochfeld-klagt-uber-rapide-verschlechterung-der-wohnumfeldbedingungen,113742.html>

⁴ Artikel vom 20.05.2012 auf www.derwesten.de

⁵ ebenda

⁶ ebenda

⁷ Kommentar „Triumph-Musik der Mafia“ in der Rheinischen Post vom 04.09.2012



Auch hier wird wieder ein gängiges rassistisches Klischee bedient, welches unterstellt, dass es der als nicht zur einheimischen Bevölkerung gerechneten (Zuwanderer)Gruppe um die Unterwanderung der Mehrheitsgesellschaft und die Umkehrung der realen Machtverhältnisse geht.

Schließlich nimmt die Berichterstattung über die Neuzuwanderer in einem anderen bürgerlich geprägten Stadtteil Duisburg derartige Formen an, dass als Konsequenz eine physische Bedrohung dieser Menschen nicht mehr ausschlossen werden. In einem Zeitungsartikel wird über Missstände in einer Wohnanlage in Duisburg Rheinhausen, dem Anschein nach über Hörensagen, Folgendes berichtet: „*„xxx“ Anmerkung: In der Online-Version dieses Artikels verzichten wir auf dieses Zitat und den entsprechenden Link, um nicht zur Verbreitung von rassistischen Stereotypisierungen im Internet beizutragen.*“⁸

Eine Reihe von Artikeln widmet sich dieser Wohnanlage und zieht als Kronzeuge für ihre diffamierende Berichterstattung vor allem die Duisburger Polizei heran. Fatal ist in diesem Fall, dass nun Rufe nach Umquartierung von der „einheimischen“ Bevölkerung laut werden und die volle Adresse und Photos der Wohnanlage in den Zeitungen abgedruckt werden. Somit ist nicht auszuschließen, dass es zu gewaltsamen Übergriffen gegen die BewohnerInnen kommen könnte. Einige rechtsradikale Blog zitieren bereits mit rassistischer Konnotation die Berichterstattung der lokalen Medien. Es lässt sich sogar ein Kommentar finden, der vom „radikalen Durchgreifen des Mobs“ spricht.

Eine ähnliche Entwicklung ließ sich im Vorfeld der rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im Jahre 1992 beobachten. Der Blick in die zitierte Berichterstattung zeigt: Die Lehren aus dem Fanal von 1992 scheinen vielfach nicht gezogen worden zu sein; allerdings zeichnen sich zumindest in einigen Redaktionen Ansätze eines Umdenkungsprozesses ab.

So hat sich die Serie „Integration – zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ vorgenommen, nicht nur über die Zugewanderten schreiben, sondern mit Ihnen reden“⁹. Wo zuvor noch undifferenziert über die massenhafte Zuwanderung von Roma nach Duisburg-Hochfeld berichtet wurde, heißt es nun: „*Nur ein kleiner Teil der Bulgaren zählt sich zu den Roma, Sinti gibt es so gut wie gar nicht. Es gibt eine evangelische Gruppe, die einen eigenen Gottesdienst...feiern, aber auch Muslime*“¹⁰.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der größte Teil der Presseberichterstattung dazu geeignet ist, rassistische und antiziganistische Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren und so den sozialen Frieden zu gefährden. In diesem Zusammenhang ist die Politik gefordert, das oben genannte Handlungskonzept neben der Beschäftigung mit der prekären Lebenslage vieler Neuzuwanderer um das Thema öffentliche Meinungsbildung zu ergänzen.

Als Konsequenz daraus, dass sich eine derartige Berichterstattung über die Neuzuwanderung auch in Dortmund und anderen Städten beobachten lässt, haben sich die Integrationsagentur der Initiative Hochfeld, Terno Drom (eine Jugendorganisation von Roma und Nicht-Roma) sowie die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit vom Planerladen Dortmund und von ARIC-NRW e.V.

⁸ Artikel „Anwohner sind bedient“ in der Rheinischen Post vom 10.09.2012

⁹ WAZ Duisburg „WAZ widmet sich der Integration“, 24.09.2012

¹⁰ Artikel vom 23.09.2012:

<https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/integration-und-migration-in-duisburg-der-faktencheck-id7125297.html>



entschlossen, gemeinsam einen Informations-Flyer herauszubringen. Dieser wird sich an MultiplikatorInnen und interessierte BürgerInnen richten und soll über Antiziganismus, die Situation von Roma in Bulgarien und Rumänien und über die Rechte der Neuzwanderer aufklären.

Text: Hartmut Reiners (ARIC-NRW e.V.)

Weiterführende Hinweise:

End, Markus (2011): Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus, in: APuZ 22/23 2011,
<http://www.bpb.de/apuz/33277/bilder-und-sinnstruktur-des-antiziganismus?p=all>

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (1999): Medien und Straftaten – Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge,
<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/diss--medien-und-straftaten--vorschlaege--1999.pdf>

Veranstaltung: Antiziganismus. Zur Auseinandersetzung mit einem Ressentiment in Geschichte und Gegenwart Dienstag, 16. November 2012 | EL-DE-Haus in Köln, Flyer.
http://www.museenkoeln.de/ns-dok/download/ibs_Antizianismus_2012_NEU_screen.pdf



Auf den Spuren Aachener Kolonialgeschichte

GBB Aachen

Das Pädagogische Zentrum Aachen e.V. nimmt an dem von der Stiftung Erinnerung; Verantwortung; Zukunft geförderten Programm „Geschichte(n) in Vielfalt“ mit einer Förderdauer von einem Jahr teil. Im Ausschreibungstext ist hierzu zu lesen: „Globale Migrationsbewegungen machen Deutschland zu einem Ein- und Auswanderungsland. Dies hat Auswirkungen auf die deutsche Erinnerungskultur, die sich für das 20. Jahrhundert auf die Geschichte des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur konzentriert. Zunehmend leben in Deutschland Menschen, die auch andere Unrechts- und Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts erinnern. (...) Die Stiftung EVZ fördert mit dem Programm GESCHICHTEEN IN VIELFALT Bildungs- und Begegnungsprojekte zur Auseinandersetzung mit Erfahrungen von kollektiver Gewalt bzw. systematischem Unrecht, die wenig beachtet sind, aber umstritten und das interkulturelle Zusammenleben belasten. Die Stiftung EVZ will damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur in Deutschland leisten“.

Für die Umsetzung des Projektvorhabens sind die Integrationsagentur und das GBB des PÄZ verantwortlich.

Beide Fachbereiche werden sich in Form einer Wanderausstellung mit einer solchen systematischen Unrechtserfahrung auf lokaler Ebene befassen, nämlich der Kolonialgeschichte der Stadt Aachen.

In Kooperation mit der VHS Aachen, Frau Professorin Doktor Bechhaus-Gerst von der Universität zu Köln und dem Verein Kopfwelten e.V. wird das Pädagogische Zentrum die Präsenz und Normalität von Kolonialgeschichte und Kolonialgeschehen, gerade im regionalen, eher kleinstädtischen Kontext beleuchten. Es ist dabei wichtig, aufzuzeigen, inwieweit ein Unrechtssystem im Alltag auf vielen gesellschaftlichen Ebenen als Normalität verankert war und unhinterfragt gelebt wurde.

Anknüpfungspunkte des Projekts werden sein

- die heutigen Süßwarenproduktionsstandorte mit ihrer Geschichte des Kolonialwarenhandels in der Region Aachen; eine Geschichte, welche eben mit der heutigen Wirtschaft der Region zusammenhängt (was u. a. an der Geschichte der Firmen Lindt/Lamberts und Zentis erarbeitet werden soll), sowie
- die auf viel öffentliches Interesse gestoßene Kampagne „Faire Schokolade für Aachen“.

Ziel ist es, zu beleuchten, inwieweit Aachen als Standort selbst, seine Menschen, seine Wirtschaft geschichtliche konkrete Bezüge zur Kolonialgeschichte Deutschlands und damit zur Versklavungsgeschichte haben. Inwieweit diente der Kolonialwarenhandel dazu, hier Wirtschaftszweige zu etablieren, von denen nicht nur die Region Aachen und Einzelpersonen heute profitieren?

Wichtig ist uns, begreifbar zu machen, was Kolonialgeschichte „mit uns“ zu tun hat, und innerhalb dieser Geschichte auch Einzelschicksale, im Positiven wie im Negativen, aufzuzeigen. Welche Tradierungslinien gibt es bis heute und wie werden diese aufrechterhalten?

Dies soll als ein Aspekt der Sozial-, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Aachen untersucht werden. Es geht uns in diesem Projekt um unsere Geschichte „Hier“, welche aber, und dies soll sichtbar gemacht werden, so sehr mit der Geschichte „Dort“ verknüpft ist.



Die Fragestellung lautet dabei, ob der Kolonialwarenhandel maßgeblich zur Entwicklung heutiger großer Wirtschaftskonzerne, die im Raum Aachen traditionell angesiedelt sind, beigetragen hat. Dies wird anhand einzelner Produkte exemplarisch untersucht.

Des Weiteren fragen wir: Was sind die persönlichen Geschichten und Schicksale im Aachener Raum hinter den großen Eckzahlen? Warum ist Kolonialwarenhandel auch Unrechthandel? Wie sieht der Handel mit diesen (damals) Kolonialprodukten heute im Aachener Raum aus? Welche Spuren Schwarzer Geschichte gibt es bis heute in Aachen? Und natürlich: Wie sah der koloniale Alltag in der Region aus?

Die Ausstellung soll darüber hinaus aufzeigen, dass rassistische Denkmuster und Verhaltensweisen in Deutschland historisch verankert und in unterschiedlicher Art und Weise Bestandteil hiesiger Lokalgeschichten sind.

Sie soll ein Beitrag zur kritischen Geschichtsaufarbeitung sein und als Grundlage dienen, Alltagsrassismus als ein Produkt historischer Gegebenheiten zu begreifen.

Rassistische Ausgrenzungs- und Unrechtsstrukturen in der heutigen Zeit sind ohne den historischen Bezug oftmals nur unzureichend verständlich und aufzuarbeiten.

Die Ausstellung wird als erstes in den Räumen der VHS Aachen vom 18.02.2013 bis 24.03.13 gezeigt werden. Danach wird sie als Wanderausstellung unter anderem in Schulen, öffentlichen Gebäuden u. Ä. gezeigt werden.

Bei Interesse, für Rückfragen, Anregungen und Kritik melden Sie sich bitte bei

Frau Bolla-Bong für die
Integrationsstelle für ZuwanderInnen und Ihre Familien
Tel: 0241 4017779



Benachteiligung von deutschen Staatsangehörigen bei der Eheschließung aufgrund ausländischer Herkunft

GBB Aachen

Zwei Brüder ghanaischer Herkunft, als Jugendliche nach Deutschland eingereist und seit ca. zwei Jahren in Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit, möchten ihre Lebensgefährtinnen heiraten.

Es steht grundsätzlich im Ermessen innerdeutscher Behörden, die Echtheit ausländischer Urkunden im Wege der freien Beweiswürdigung (§ 438 Abs. 1 ZPO) ohne Überprüfung anzuerkennen oder eine Überprüfung anzuordnen. Da ein hoher Prozentsatz der Urkunden aus Ghana gefälscht, verfälscht oder inhaltlich unrichtig sind, verlangt das zuständige Standesamt im vorliegenden Fall als Voraussetzung für die Eheschließung die Durchführung eines sog. Legalisierungsverfahrens für die Anerkennung der ghanaischen Geburtsurkunden. Es verweist hierzu auf die entsprechende Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (PStG-VwV). Danach soll die Anerkennung ausländischer Urkunden, wenn begründete Zweifel an ihrer Echtheit bestehen, von der jeweiligen Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland legalisiert werden. In Staaten, in denen das Legalisierungsverfahren wegen des unzuverlässigen Urkundenwesens eingestellt worden ist – hierzu gehört Ghana – kann das Standesamt die deutsche Auslandsvertretung um Überprüfung der Urkunde im Amtshilfeverfahren bitten. In diesen Amtshilfeverfahren entsendet die Botschaft einen Vertrauensanwalt an den angegebenen Geburtsort der Betroffenen, der vor Ort durch Befragung von dort lebenden Verwandten oder Freunde die Echtheit der Angaben in der Geburtsurkunde überprüfen soll. Die Überprüfung im Amtshilfeverfahren kostet die Betroffenen 600 EUR, unabhängig davon, ob die Überprüfung erfolgreich ist oder nicht.

Im Fall der beiden Brüder, die ihre Heimat vor 10 Jahren verlassen haben, sind allerdings keine Verwandten oder ehemaligen Freunde mehr in dem Geburtsort ansässig. Die Eltern waren bereits vor den Brüdern nach Deutschland ausgewandert. Die Tante, bei der sie nach der Ausreise der Eltern gewohnt haben, lebt mittlerweile in Belgien. Die Großmutter ist sehr alt und lebt nicht in dem Geburtsort der beiden Brüder, sondern in einem abgelegenen Dorf.

Es ist also nach den Umständen davon auszugehen, dass die Überprüfung erfolglos verlaufen wird. Dennoch besteht das zuständige Standesamt auf der Durchführung dieses Verfahrens.

Zwar ist das Ermessen des Standesamtes aufgrund der hohen Anzahl an Fälschungen aus Ghana reduziert, dennoch müsste es bei seiner Entscheidung den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten. Es muss eine Abwägung der betroffenen Rechtsgüter vornehmen. Das ist hier das Recht der Brüder auf Gleichbehandlung gegenüber anderen deutschen Staatsbürgern einerseits und dem Interesse des deutschen Staates an der Verlässlichkeit des deutschen Personenstandswesens andererseits. Das Recht auf Gleichbehandlung ist ein Recht von Verfassungsrang und Menschenrecht und insofern höherrangig. Aus Sicht des Gleichbehandlungsbüros – GBB Aachen hat das zuständige Standesamt sein Ermessen vorliegend fehlerhaft ausgeübt.

In der Beratung hat das GBB die Betroffenen auf die verschiedenen Möglichkeiten der Intervention hingewiesen. Sie haben daraufhin eine Beschwerde bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) eingelegt, die jedoch in dem Sachverhalt keine Diskriminierung der Brüder erkennen konnte, da die Behörde ihr Vorgehen auf geltendes Recht stütze. Eine mittelbare Diskriminierung durch die Gesetzeslage hat die ADS bisher nicht angenommen oder nicht gesehen.



Von der Möglichkeit gegen die Auflage der Durchführung des Legalisierungsverfahrens Klage zu erheben, haben die Betroffenen nach eingehender Beratung durch das GBB Abstand genommen. Gerade weil es um geltendes Recht geht, dass sich mittelbar diskriminierend auf die Brüder auswirkt, ist davon auszugehen, dass eine solche Klage Jahre dauern und entsprechend hohe Kosten bedeuten würde.

Deswegen haben die Brüder sich entschieden, den Antrag auf Eheschließung gegenüber dem zuständigen Standesamt zurückzunehmen und die Eheschließung im Ausland bzw. einer Nachbargemeinde durchzuführen.

Unabhängig von der Rücknahme des Antrages bleibt ihnen die Möglichkeit einer Beschwerde durch das GBB Aachen sowie die Geltendmachung eines Amtshaftungsanspruches gegenüber dem bisher zuständigen Standesamt. Ob sie davon Gebrauch machen werden, bleibt abzuwarten.

BESSER LEBEN OHNE NAZIS/SCHÖNER WOHNEN OHNE NAZIS auch im September 2012... und darüber hinaus!

Planerladen e.V. sagt: WIR SIND DORTMUND. NAZIS SIND ES NICHT.



Wie brisant und aktuell das Thema Rechtsextremismus in Dortmund ist, zeigen nicht nur der alljährlich um den Antikriegstag am 1. September stattfindende Aufmarsch von Neonazis aus der gesamten Republik oder Nazi-Schmierereien am Interkulturellen Zentrum Dorstfelds und in anderen Stadtteilen. Auch der Wahlkampf zur Rats- und Bezirksvertretungswahl Ende August wurde für die Verbreitung des menschenverachtenden Gedankenguts genutzt: Die NPD plakatierte mit rassistischen und fremdenfeindlichen Wahlparolen. Die Anzeige eines Dortmunders wurde eingestellt, da es sich laut Staatsanwaltschaft bei dem Inhalt der Plakate nicht um den Straftatbestand der Volksverhetzung (z. B. Anstachelung von Hass, Aufforderung zu Gewalt, böswillige Beschimpfung einer Bevölkerungsgruppe) handele.

Wo Staatsgewalt machtlos ist, müssen die Bürgerinnen und Bürger erst recht zusammenstehen und unermüdlich zeigen, dass Dortmund eine internationale und weltoffene Stadt ist, in der es für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtes Gedankengut keinen Platz gibt!

Der Planerladen e.V. startete im Rahmen seiner Aktion „Wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.“ die nächste Offensive gegen die rechte Szene. Mit dem Slogan „BESSER LEBEN OHNE NAZIS / SCHÖNER WOHNEN OHNE NAZIS auch im September 2012... und darüber hinaus“ rief der Planerladen im Vorfeld der Neonazi-Aufmärsche am ersten Septemberwochenende eine Postkarten- und Plakatkampagne ins Leben. Historische Fotos des im Zweiten Weltkrieg zerbombten Dortmunds illustrieren und untermauern die textlichen Aussagen plakativ. Mit der Aktion sollte die Öffentlichkeit weiter für die Thematik sensibilisiert und zum kontinuierlichen Handeln aufgefordert werden. Denn die zerstörerischen Taten der Nazis dürfen nie in Vergessenheit geraten. Die Postkarten lagen zwei Wochen in 125 Dortmunder Bars, Cafés, Restaurants, Sportstudios, Kinos und Konzertslocations aus. Dadurch wurden vor allem junge Menschen angesprochen, die besonders im Fokus der Rechtsradikalen stehen.

Eine weitere Dimension erreichte die Aktion durch die Präsentation der gestalteten Motive am 1. September sowie am Vortag auf den Infoscreens in Dortmunder U-Bahnhöfen. Auf diesem Wege wurden rd. 150.000 Menschen erreicht.

Oberbürgermeister Ullrich Sierau steht gerne Pate für die Aktion: „Es ist bekannt, dass ich mich als erster Bürger der Stadt für Weltoffenheit und Internationalität in Dortmund einsetze. Daher stehe ich voll und ganz hinter dieser Kampagne und wünsche mir, dass die Dortmunderinnen und Dortmunder weiter so zusammenstehen und sich gegen die Nazis stark machen, denn wir sind Dortmund. Nazis sind es nicht.“ Als großformatige Plakate hängen die Motive in der Bersworthalle am Dortmunder Rathaus.

Der Planerladen e.V. lud zur Filmvorführung „Kriegerin“ mit anschließender Diskussion ein

Mit den alljährlichen Demonstrationen von Neonazis sowie der Aufdeckung der Morde der „Zwickauer Zelle“ erlangte das Thema Rechtsextremismus in jüngster Zeit einen neuen traurigen Höhepunkt in der Dortmunder Öffentlichkeit und Politik. Und genau in dieser Zeit erscheint David Wnendts Film „Kriegerin“, der einen tiefen Einblick in diese Szene vermittelt. Er schildert, wie zwei junge Mädchen in die rechte Szene abrutschen und später darum kämpfen, sich aus dieser wieder zu lösen.

Der Planerladen e.V. und das Dortmunder Programmkino Roxy wollten die Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, noch einmal die Aufmerksamkeit auf die preisgekrönte filmische Erzählung zu richten und den Bogen nach Dortmund bis in die Nordstadt hinein zu spannen. Die jährliche Aufmarsch-Route zum 1. September sowie der Tatort des Mordes an Mehmet Kubaşık liegen wenige hundert Meter vom Kino entfernt. Der intensive und stellenweise verstörende und aufwühlende Film diene als Anregung für die weitere Auseinandersetzung und die anschließende Diskussion mit den rund 85 Gästen. Podiumsteilnehmer waren Claudia Luzar von BACK UP (Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt), der Sonderbeauftragte der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund Hartmut Anders-Hoepgen und die Studentin und aktive Bürgerin (u. a. bei Dortmund nazifrei!) Anna Spaenhoff.



Es wurde festgestellt, dass der Film zwar teilweise durchaus stark zuspitzte und Klischees bediene, jedoch grundsätzlich Phänomene und Mechanismen darstelle, die real vorhanden sind. Der „Nährboden“ für rassistisches Gedankengut zeige sich jedoch nicht immer so deutlich wie im Film. Kritisiert wurde das Fehlen von Protest gegen rechte Gewalt durch eine aktive Zivilgesellschaft, die durchaus vorhanden ist. Es könne nicht hingenommen werden, dass die Erzeugung von Angst durch Neonazis jede Form von Zivilcourage erstickte.

Eindringlich wurde dazu aufgefordert, den friedlichen Protest insbesondere gegen Aufmärsche in Dortmund weiter fortzusetzen. Notwendig sei hierbei eine Geschlossenheit der in großer Zahl vorhandenen Initiativen und Einrichtungen sowie unbedingte Rückendeckung von Verwaltung, Justiz, Polizei und Politik. In diesem Zusammenhang wurde auch auf das langjährige Fehlen von landesseitigen Programmen gegen Rechtsextremismus hingewiesen und deutlich gemacht, dass die Medien konsequent über Rechtsextremismus berichten müssen. Die Strategie, der Szene möglichst wenig Aufmerksamkeit zu widmen, sei nicht der richtige Weg. Stattdessen müsse konsequent sensibilisiert werden.

Offensichtlich wurde auch der Zusammenhang zur Fremdenfeindlichkeit, die teilweise aus der Mitte der Gesellschaft heraus durch systematische Tabubrüche den Boden für die Ausbreitung rechtsextremistischer Tendenzen bereite. Wichtige Beiträge zu ihrer Bekämpfung stellen deshalb nicht zuletzt Initiativen gegen Diskriminierung sowie zur interkulturellen Öffnung der Stadtgesellschaft dar.

Insbesondere vor dem Hintergrund der auch 2012 zu erwartenden Aktivitäten der rechten Szene am ersten Septemberwochenende hat die Veranstaltung so als Mosaikbaustein einen weiteren Beitrag zur kontinuierlichen öffentlichen Diskussion über das Thema Rechtsextremismus geleistet.

„Richtig streiten will gelernt sein – Konfliktmanagement in der Dortmunder Nordstadt“ Das Projekt des **Planerladen e.V.** wird aufgrund des großen Erfolgs bis 2015 fortgesetzt!

Der Planerladen e.V. hat die Notwendigkeit für ein „Konfliktmanagement im Stadtteil“ bereits vor vielen Jahren in seinen Nachbarschaftsforen erkannt und seit 2000 mit verschiedenen Projekten in diesem Handlungsfeld Pionierarbeit geleistet – 2004 ausgezeichnet mit dem bundesweiten Preis „Soziale Stadt“.

Das aktuelle Projekt „Richtig streiten will gelernt sein – Konfliktmanagement in der Dortmunder Nordstadt“ bekam 2011 den Zuschlag für die EU-Förderung und hat nach einjähriger Startphase nun eine dreijährige Anschlussförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Europäischen Integrationsfonds (EIF) erhalten.

„Ziel des Projektes ist die Förderung des friedlichen, interkulturellen Zusammenlebens und der Integration von Drittstaatsangehörigen (d.h. Menschen mit Staatsangehörigkeit außerhalb der Europäischen Union). Konkret bedeutet dies: Durch die Vielfalt der verschiedenen Kulturen und Lebensstile bietet die Dortmunder Nordstadt nicht nur größere Entfaltungsmöglichkeiten, sondern auch ein größeres Konfliktpotenzial als kulturell homogene Stadtteile.“

Das an die Integrationsagentur des Planerladen e.V. andockte Projekt bietet eine Anlaufstelle bei Problemen in Haus, Nachbarschaft, Quartier oder Stadtteil. Kostenfrei und niederschwellig werden Beratung und Vermittlung angeboten. Darüber hinaus werden Trainings durchgeführt, um die Bürger des Stadtteils (darunter insbesondere Kinder und Jugendliche) zu befähigen, besser mit Konfliktsituationen umzugehen. Gleichermaßen werden für Multiplikatoren aus den Migrantenorganisationen moderierte Workshops und Schulungen angeboten, um auch über Dritte für ein respektvolles, interkulturelles Miteinander zu sensibilisieren.

Zur Förderung der Kommunikation und des gegenseitigen Verständnisses im Stadtteil und damit auch zur Vorbeugung von Konflikten werden regelmäßig Bürger- und Nachbarschaftsforen sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, die zur Entwicklung und Etablierung einer sachlichen „Streitkultur auf Augenhöhe“ im Stadtteil beitragen.

Aufgrund des großen Erfolges und zweifellos fortbestehenden Bedarfes in der Nordstadt wird das Projekt nun fortgeführt. Das erfahrene und im Stadtteil fest verankerte Konfliktmanager-Team mit Martin Eder, Ali Şirin und Dennis Zilske bleibt dabei erhalten und wird zukünftig durch Gamze Çalışkan verstärkt.





Planerladen e.V. – Jugendforum Nordstadt und die Gertrud-Bäumer-Realschule diskutieren mit Jugendlichen über Rassismus im Alltag

Gemeinsam haben das Jugendforum Nordstadt und das Konfliktmanagement des Planerladen e.V. mit der Arbeitsgemeinschaft „Schule ohne Rassismus“ der Gertrud-Bäumer Realschule Ende Mai 2012 mit Jugendlichen über das Thema Rassismus diskutiert. Ziel war es, die Jugendlichen für Rassismus im Alltag zu sensibilisieren, eigene Vorurteile und Rassismen sichtbar zu machen und kritisch darüber nachzudenken. Oftmals manifestiert sich Rassismus mit seinen begleitenden Diskriminierungsformen in vielfältiger Form in unserem alltäglichen Verhalten und prägt unser Denken und Handeln.

Um den Einstieg in die Diskussion mit den Jugendlichen zu erleichtern, wurden einige Kurzfilme gezeigt, die Rassismus unter unterschiedlichen Gesichtspunkten behandelten. Christian Leye, politischer Jugendberater vom Jugendforum Nordstadt: „Oft werden soziale Probleme mit ethnischen und kulturellen Unterschieden erklärt, gerade auch mit Blick auf die Nordstadt. Dabei wird oft auf Stereotype zurückgegriffen, die wir für ‚normal‘ halten, ohne darüber wirklich nachgedacht zu haben. Mit der Veranstaltung sollten die Jugendlichen für diese Vorurteile sensibilisiert werden.“ Ali Şirin, Mitarbeiter im Konfliktmanagement und Antirassismus-Trainer, ergänzt: „Die Gesprächsrunde mit vielen anregenden und interessanten Beiträgen war ein echter Erfolg.“

Die Arbeitsgemeinschaft „Schule ohne Rassismus“ der Gertrud-Bäumer-Realschule veranstaltete zudem am 28.06.2012 einen Spendenlauf für die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt BACK UP in Dortmund. Das Projekt wird im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt, Dortmund Nordstadt“ mit Mitteln der EU, des Bundes, des Landes NRW und der Stadt Dortmund gefördert.

Integrationsprojekt des Planerladen e.V. im Rahmen der Antidiskriminierungskampagne des AStA an der Fachhochschule Dortmund vorgestellt

Eigentlich sollte Gleichbehandlung auf dem Wohnungsmarkt unabhängig von der Herkunft und Hautfarbe eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist Diskriminierung aber immer noch an der Tagesordnung. Regina Hermanns von der *Integrationsagentur des Planerladen e.V. – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen* berichtete im April 2012 an der FH Dortmund über Erfahrungen und Beispiele aus der Praxis. Sie beantwortete dabei folgende Fragen: Was ist Diskriminierung? Wie kann gegen Diskriminierung vorgegangen werden? Welche Ziele und Aufgabenfelder verfolgt das Integrationsprojekt des Planerladens?

Die Studierenden diskutierten lebhaft mit und stellten erste Überlegungen an, Projekte des Planerladen e.V. in ihr Umfeld zu übertragen. So fand das Siegel „Herkunftsunabhängige Gleichbehandlung bei Vermietung“ positive Resonanz.



Dem AStA der FH Dortmund liegt das Thema Antidiskriminierung sehr am Herzen. Daher organisieren die Studierenden zu diesem Thema verschiedene Vorträge, eine Ausstellung, das *festival contre le racisme* u.v.m. Die o.g. Veranstaltung war Auftakt einer Vortragsreihe im Rahmen der Antidiskriminierungskampagne. Im Mai 2011 führte der AStA eine Umfrage zum Thema „Diskriminierung an der FH Dortmund“ durch. Das Ergebnis ist alarmierend und legt Handlungsbedarf offen. Mehr dazu hier: <https://www.studierbar.de/wordpress/jeder-vierte-hat-schon-diskriminierung-erlebt/>

Zustand der Problemimmobilien in der Dortmunder Nordstadt unverändert schlecht – Instandsetzungsverpflichtung der Eigentümer müssen durchgesetzt werden!

Planerladen e.V.

„Die Diskussion um die Ekelhäuser und die angeblich durch Neuzuwanderer besetzten Häuser zielt jedoch nur auf die Spitze des Eisbergs. In der Nordstadt gab es in der Vergangenheit und auch aktuell zahlreiche Problemimmobilien. Verantwortlich sind die Eigentümer, die durch mangelnde Investitionen und nicht fachgerechte Verwaltung ihre Häuser heruntergewirtschaftet haben“, so Rainer Stücker, Geschäftsführer des Mietervereins Dortmund und Umgebung e.V.

Im Herbst vergangenen Jahres berichtete die Dortmunder Tagespresse „Ekelhaus-Liste schrumpft“. Rund 40 Objekte waren Anfang 2010 als „verwahrlost“ identifiziert worden, im Oktober 2011 sprach die Stadt Dortmund von einer nunmehr knapp 50 Objekte umfassenden Liste. Die Tendenz sei hierbei sinkend, auch dank des Einsatzes der „Task Force“ Nordstadt. Der Großteil der Hinweise zu Problemhäusern sei haltlos gewesen, ein Einsatz des Ordnungsamtes oder anderer städtischer Stellen daher selten notwendig. Nur in den wenigsten Fällen habe man Eigentümer zur Behebung von Missständen verpflichten müssen.

Um einen Überblick über Problemimmobilien in der Dortmunder Nordstadt zu erhalten, hat der Planerladen e.V. eigene Erhebungen fortgeschrieben und aktualisiert. Das Ergebnis ist alarmierend: Bei lediglich 10 dieser insgesamt 60 Objekte konnte eine maßgebliche Verbesserung des Zustandes durch umfangreiche Sanierung festgestellt werden. Bei den anderen Immobilien handelt es sich vielfach nur um kleinere, „kosmetische“ Veränderungen in Form von (meistens nur teilweise) gestrichenen Fassaden und kleineren Reparaturen. „Obwohl diese Objekte zum Teil nach vorübergehenden Leerständen wieder bewohnt sind, ist keine strukturelle Verbesserung festzustellen bzw. machen die Objekte im Grundsatz immer noch einen verwahrlosten Eindruck“, erläutert Prof. Dr. Reiner Staubach, Vorstandsmitglied des Planerladen e.V.

Vielfach Ankündigung von Sanierungen nicht in die Tat umgesetzt – ein Beispiel

Ein Objekt, im dem während der gesamten Zeit auch reguläre, z. T. langjährige Mietverhältnisse bestanden, erlangte durch die „Besetzung“ durch Neuzuwanderer aus Bulgarien und Rumänien und die öffentlichkeitswirksam geplante Räumung durch die Verwaltungsgesellschaft im März 2011 Bekanntheit.

Angeblich hätte die „Besetzung“ durch die Bewohner verhindert, dass das Haus wie geplant modernisiert und in kürzester Zeit – wie an anderer Stelle bereits geschehen – an seriöse Kunden vermietet werden kann, so die öffentliche Äußerung der Verwaltungsgesellschaft.

Dass auch nach der erfolgreichen Räumung von Anfang März bis Ende Oktober 2011 keinerlei sichtbare Veränderung an der Immobilie stattgefunden hat, wird seitens des Eigentümers damit erklärt, dass sich die ursprünglich für das Haus vorgesehene Investitionssumme von 150.000 Euro durch den





Schaden der „Besetzer“ auf nunmehr 500.000 Euro erhöht hätte. Dennoch zeigte man sich im Oktober 2011 zuversichtlich. Man kündigte an, ab November 2011 zu sanieren, und versprach, dass im Frühjahr 2012 die ersten Mieter einziehen sollten.

„Bis heute September 2012 fällt dem Betrachter auf, dass – zumindest äußerlich – keinerlei Veränderung an dem Objekt eingetreten ist. Dabei hatte man doch angeblich nur darauf gewartet, mit der Sanierung endlich loslegen zu können. Von Handwerkertätigkeiten, Gerüsten oder Ähnlichem findet sich jedoch keine Spur. Im Gegenteil: Die Aufforderung „Gipsys out“ (Zigeuner raus), die Unbekannte schon vor längerer Zeit auf die Hauswand schmierten, wird mehr und mehr zur Zustandsbeschreibung“, so Dennis Zilske, Mitarbeiter des Planerladen e.V.

Mehr zu dem Thema können Sie hier lesen:

http://www.planerladen.de/uploads/media/2012-05-14_PM-Problemimmobilien_in_der_Nordstadt.pdf

Hilfen für Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien – *freundeskreis nEUBürger und roma* stellt Dortmunder Info-Flyer vor

Planerladen e.V.



Im *freundeskreis nEUBürger und roma* haben sich zwanzig Dortmunder Vereine, Institutionen und Privatpersonen zusammengeschlossen, um Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien zu unterstützen und sich für ihre Belange einzusetzen.

Der Freundeskreis präsentierte Ende Mai einen viersprachigen Infolyer für diese Zielgruppe. Aus immer wiederkehrenden Anfragen wurde den Initiatoren schnell die Notwendigkeit bewusst, die Hilfsangebote zu bündeln.

Die im Rahmen der EU-Freizügigkeit stattfindende Armutsmigration aus Rumänien und Bulgarien stellt Kommunen wie Dortmund vor neue Probleme. Der bis Ende 2013 eingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt, der in der Regel auch einen Ausschluss von Sozialleistungen bedeutet, ist für die Zuwanderer eine existenzielle Bedrohung. Dass sie trotzdem ihr Glück in deutschen Großstädten suchen, zeigt, wie hoffnungslos die Lebenssituation in ihren Herkunftsländern ist. Die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien ist eine Dortmunder Realität, die nicht durch Ordnungspolitik umkehrbar ist. „Dem Armutsgefälle und der Diskriminierung der Roma in den neuen EU-Ländern muss auf europäischer Ebene begegnet werden. In Dortmund können wir trotzdem nicht die Augen vor der Not der Zuwanderer verschließen“, sagt Tülin Kabis-Staubach, Vorstandsmitglied des Planerladen e.V. „Familien ohne Einkommen, ohne sichere Wohnungen und ohne Krankenversicherung sind ein humanitäres Problem, dem wir uns hier vor Ort stellen müssen.“

Ein erster Schritt war die Erstellung eines Infoflyers, der auch auf türkisch, bulgarisch und rumänisch Versorgungs- und Beratungsangebote, die EU-Neubürgern offenstehen, bündelt. Es geht um das Allernötigste: Zugang zu medizinischer Versorgung, Duschgelegenheiten, Zugang zu Essen und Kleidung, Beratung in oft ausweglos erscheinenden Situationen.

Darüber hinaus sieht sich der *freundeskreis nEUBürger und roma* als Lobby für eine Gruppe, der bisher mit Angst und massiver Ablehnung begegnet wird. Angehörige der Volksgruppe der Roma sind in besonderem Maße Diskriminierung und rassistischen Vorurteilen ausgesetzt. Das gilt für die Herkunftsländer, das gilt jedoch auch für die aufnehmende Stadtgesellschaft. Der Freundeskreis möchte Kontakte vermitteln, um Verständnis für die schwierige Situation der Zuwanderer zu gewinnen und Rassismus im Umgang mit ihnen entgegenzutreten.

Mehr Informationen gibt es unter:

<http://www.integrationsprojekt.net/freundeskreis.html>

Planerladen e.V. – Bürgerforum brachte Frauengruppen, Chor- und Gesangsgruppen zusammen

Die Veranstaltungsreihe „Bürgerforum – Nord trifft Süd“ gibt Bürgern die Chance, alltägliche und besondere Projekte in Dortmund kennen zu lernen. Ebenso sollen Menschen unterschiedlichster Herkunft in einer gemütlichen Runde ins Gespräch kommen. Mit dem Bürgerforum wird die Kultur des Zusammenlebens in der Stadt sichtbar gemacht, Neues und Altbewährtes vorgestellt und Begegnungen ermöglicht. Nach nur drei Terminen ist das vom Planerladen e.V. und der Auslandsgesellschaft NRW initiierte Veranstaltungsformat schon zu einem etablierten Selbstläufer geworden. Die Veranstaltungsreihe wird von der Migrations- und Integrationsagentur im Rahmen des Masterplans Migration/Integration der Stadt Dortmund unterstützt.

„Frauengruppen und Stadtteilkultur“

In der zweiten Veranstaltung Ende April berichteten sechs aktive Frauengruppen aus unterschiedlichen Stadtteilen über ihre Erfahrungen und ihr Engagement, mit dem sie einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben leisten. In fast jedem Stadtteil in Dortmund gibt es Frauen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen zusammenkommen. Allen Gruppen gemeinsam ist ihr Einsatz für Austausch, Dialog und Begegnung. Darüber zu berichten und sich zu vernetzen, ist das Ziel des Bürgerforums.

Neben dem Mütterzentrum waren auch die Frauengruppe Grimmelsiepen und der Sozialdienst katholischer Frauen aus Hörde sowie der Dortmunder Ortsverein des Bundesverbandes der Migrantinnen in Deutschland, das Kulturfrühstück Brackel/Asseln und der Nachbarschaftstreff Im Spähenfelde vertreten. Am Ende des Abends stand die Idee, sich in den Stadtteilen gegenseitig zu besuchen und näher auszutauschen.



„Chöre und Gesangsgruppen im Stadtteil“



Dortmund ist international und seine Vereinslandschaft kunterbunt. Das zeigte auch der Blick in die Welt der Dortmunder Musik: Ende Juni fand das dritte Bürgerforum statt, zu dem die spanische Gruppe Cantamos juntos vom Iberoamerika-Kreis, die Vocal Crew (ein Chor des Vereins Tamino e.V.) und der Volksmusikchor im türkischen Bildungszentrum in Dortmund eingeladen wurden.

Kay Bandermann, Moderator der Veranstaltungsreihe „Bürgerforum – Nord trifft Süd“, betonte, dass alle Gruppen gemeinsam die Internationalität Dortmunds widerspiegeln. Die eingeladenen Gruppen möchten gerne ein weiteres Treffen Ende des Jahres organisieren. Es soll nicht beim einmaligen Treffen bleiben. Eine Veranstaltung mit Musik und Literatur soll es werden.

Das nächste Bürgerforum findet am 24.10.2012 zum Thema „Jugendforen“ statt.



Die Reichweite des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist begrenzt und es fehlt an Unterstützung für Betroffene bei der Rechtsdurchsetzung – Pressemitteilung des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd)

Ein Blick in die Falldokumentation 2011 des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd) zeigt: von knapp 450 Beratungsfällen, die Mitgliedsorganisationen, mehrheitlich nichtstaatliche Antidiskriminierungsbüros, dokumentiert haben, führten 20 zu einer Klage wegen Diskriminierung. Die zahlreichen Hürden für Betroffene, das AGG zur Durchsetzung ihres Rechts auf Nichtdiskriminierung zu nutzen, sind in den letzten Jahren unverändert geblieben: Das Gesetz ist noch immer zu wenig bekannt, die Fristen sind zu kurz, die Beweislast ist zu hoch und es fehlt ein Verbandsklagerecht. (siehe: Stellungnahme des advd zum einjährigen Bestehen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)).

Noch immer spielt das AGG in der Rechtspraxis kaum eine Rolle

Diese Hürden führen dazu, dass das vor 6 Jahren eingeführte Gesetz von Betroffenen noch immer sehr wenig genutzt wird, um sich gegen Diskriminierungen zu wehren. Eine umfangreiche Studie kommt nach einer Gerichtsumfrage mit Stichtag Dezember 2010 zu dem Schluss, dass Zivilgerichte nahezu keine AGG-Verfahren verhandeln, während der Anteil bei den Arbeitsgerichten mit geschätzten 0,2 % als sehr gering eingestuft werden muss. An dieser Situation hat sich nach Einschätzung des advd nichts geändert.

Diskriminierungssensible Lebensbereiche sind nicht erfasst

Die Auswertung der Beratungsarbeit des advd weist auf einen weiteren Schwachpunkt hin, der im AGG selbst begründet liegt. Nur etwa jeder zweite von den Mitgliedsorganisationen dokumentierte Diskriminierungsfall betrifft die Lebensbereiche Arbeit und Güter/Dienstleistungen, die durch das AGG gut geschützt sind. Für Diskriminierungsfälle vor allem in den Bereichen Bildung und Behörden besteht hingegen nach wie vor ein deutliches Regelungsdefizit. Diskriminierungen in diesen Bereichen haben für Betroffene oftmals weitreichende Folgen, das Recht auf Gleichbehandlung ist für sie aber nur schwer einklagbar.

Die Zugangshürden sind für die Diskriminierungsmerkmale unterschiedlich

Innerhalb der geringen Gesamtzahl an AGG-Klagen bezieht sich der Großteil auf Diskriminierungen wegen des Alters, einer Behinderung oder des Geschlechts. Nur sehr selten erreicht dagegen eine Klage wegen rassistischer Zuschreibungen, Religion oder sexueller Identität ein Gericht. Dieser Fakt sagt nichts über die Häufigkeit von Diskriminierungen aus, sondern gibt Anlass über merkmalspezifische Zugangsschwierigkeiten bei der Nutzung des AGGs durch Betroffene nachzudenken.

„Obwohl Befragungen und Studien immer klarer den Nachweis erbringen, dass Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, regelhaft und einschneidend Diskriminierung erfahren, gehen sie selten vor Gericht.“, charakterisiert Birte Weiß, Vorständin des advd die aktuelle Situation.

Professionelle Beratung erleichtert den Zugang zu Recht

Die 20 Klagen der nichtstaatlichen Antidiskriminierungsbüros beziehen sich alle auf rassistische Diskriminierung, teilweise in Verbindung mit Diskriminierung aufgrund von Religion und Geschlecht.

Pressekontakte:

Birte Weiß (Vorständin des advd): 01573-6602935

Einen Einblick in den Beratungsalltag der Mitgliedsorganisationen gibt die [beigefügte Fallsammlung](#). Beschrieben ist eine Auswahl von Diskriminierungsfällen, die zu Klagen nach dem AGG geführt haben und Fälle, in denen eine außergerichtliche Lösungsstrategie genutzt wurde.

26



02 11 / 15 92 55 64



Impressum

Düsseldorf 2012
Herausgeber: OBR - Opferberatung Rheinland
c/o Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW)
Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf

Gefördert mit Mitteln der Landeszentrale für
Politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Wir beraten

- vertraulich
- vor Ort
- kostenlos
- auf Wunsch anonym
- unabhängig von Behörden
- parteilich im Sinne Ihrer Bedürfnisse

We counsel you

- confidential
- on site
- free of charge
- by request
- anonymously
- independently from authorities
- by taking your side

Мы консультируем

- конфиденциально
- по месту жительства
- бесплатно
- по желанию анонимно

Мы независимы от государственных учреждений
Мы находимся на Вашей стороне

Danışmanlık hizmetimiz

- güvenli ve kişiye özel
- yaşadığınız yerde danışmanlık hizmeti
- ücretsiz
- istenildiğinde isimsiz
- kurumlardan bağımlı olmadan
- sizin yanınızda ve sizin ihtiyaçlarınıza uygun

Nous vous conseillons

- de façons confidentielle
- sur place
- gratuitement
- tout en conservant votre anonymat
- indépendamment des autorités et administrations publiques
- de façon appropriée afin de servir vos intérêts et besoins personnels

نقدم خدمات الإستشارة

- بكل أمانة
- في عين المكان
- مجاناً
- بكل سرية
- باستقلالية عن السلطات
- فصحاً معكم حلصم
- مكثاج اي تحا قمدخل
- قفسانم ققيرطب



02 11 / 15 92 55 64

info@opferberatung-rheinland.de

www.opferberatung-rheinland.de



Opferberatung Rheinland

Beratung und Unterstützung für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Danışmanlık hizmeti

Yabancı düşmanlığı ve ırkçı saldırılara uğrayanlar için

Counselling and support

for victims of right-wing
extremist and racist violence

Conseil et soutien

aux victimes de la violence
d'extrême droite et à
caractère raciste

Консультации и поддержка

для пострадавших от
неонацистского и
расистского насилия

تقديم الإستشارة والمساعدة

لضحايا عنف اليمين المتطرف
والعنصر العنصري

Beraten – Unterstützen – Solidarisieren

Rechtsextreme oder rassistische Gewalt richtet sich häufig gegen MigrantInnen, politisch Andersdenkende, alternative Jugendliche, Schwarze Deutsche, Wohnungslose oder Schwule und Lesben.

Wir unterstützen Sie, wenn Sie oder Menschen in Ihrem Umfeld von Rechtsextremen beleidigt, bedroht oder angegriffen werden: Wir bieten Ihnen einen sicheren Raum, um über das Erlebte zu sprechen, und helfen dabei, die Folgen rechtsextremer oder rassistischer Gewalt zu bewältigen und neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Wir beraten bei juristischen Fragen, begleiten Sie zur Polizei oder zu anderen Behörden, organisieren ärztliche oder therapeutische Hilfe, rechtlichen Beistand oder DolmetscherInnen und setzen uns – wenn Sie es wünschen – für öffentliche Solidarisierung ein. Wir orientieren uns an Ihren Bedürfnissen. Sie entscheiden, welche Schritte Sie gehen wollen.

Danışmanlık – Yardım – Destek

Genellikle yabancı düşmanlığı ve ırkçı saldırılara maruz kalan kişilerin başında göçmenler geliyor. Farklı siyasi görüşe sahip olanlar, alternatif yaşam tarzını benimseyen gençler, siyah tenli almanlar, dışarda yaşamak zorunda kalan evsizler, lezbiyenler ve homoseksüeller de bu durumun içinde yer alır.

Siz ve çevrenizdekiler, yabancı düşmanlığı veya ırkçılık içeren hareketlere ya da saldırılara maruz kaldığınızda bizlere başvurabilir ve bizden belirli konularda yardım alabilirsiniz: Bizlere başınızdan geçen sorunları ve saldırıları rahat bir şekilde anlatabilmeniz için sizlere güvenli bir ortam sunuyoruz ve bu nedenden dolayı ortaya çıkan psikolojik sorunlarınızı gidermeniz de yardımcı oluyoruz.

Sizlere hukuki konularda danışmanlık edip, gerekli durumlarda polise ve diğer kurumlara başvurularınızda sizin yanınızda size gözcülük ediyor, gerekli tıbbi ya da terapilerde yardımlarda bulunuyoruz. Gerekli görüldüğünde tercümanlık hizmeti sunuyoruz. Siz isterseniz yabancı düşmanlığı ve ırkçılık konusunu kamuoyuna yansıtıp desteklerini sağlıyoruz. Bizlerden hangi konuda yardım ve hizmet almak istiyorsanız buna karar veriyor ve size en uygun danışma hizmetini almanızda yardımcı oluyoruz.

Counselling – Support – Solidarity

Right-wing and racist violence is often directed at immigrants, non-right-wing people, alternative youth, Black Germans, homeless people or homosexuals.

We support you if you or people close to you are offended, threatened or attacked by right-wing extremists: We offer you a safe space to talk about your experiences and we help you to cope with the effects of right-wing or racist violence to gain new perspectives and possibilities.

We offer legal advice and accompany you to the police or other authorities. We organize medical or therapeutic help, put you in contact with lawyers or interpreters and – by request – we advocate public solidarity with you. We are always geared to your needs. You decide which steps you want to take.

Conseiller – Soutenir – Etre solidaire

La violence d'extrême droite ou à caractère raciste est fréquemment exercée sur les personnes issues de l'immigration, les opposants politiques, les jeunes alternatifs, les allemands à la couleur de peau noire, les sans-abri, les homosexuels et lesbiennes.

Nous vous soutenons si vous-même ou des personnes de votre entourage sont insultées, menacées ou attaquées par des personnes d'extrême droite: Nous vous offrons un espace sécurisé pour parler de votre expérience concrète vécue, contribuons ainsi à endiguer la violence d'extrême droite ou à caractère raciste et à créer de nouveaux espaces pour l'action.

Nous vous conseillons si vous avez des questions d'ordre juridique, vous accompagnons à la police et auprès d'autres autorités publiques, organisons une assistance médicale ou thérapeutique, juridique ou linguistique. Si vous le désirez, nous nous engagerons pour que la solidarité soit publique. Nous nous adaptons à vos besoins. C'est vous qui décidez des démarches à entreprendre.

Консультации – Поддержка – Солидарность

Насилие со стороны неонацистов и расистов часто направлено против мигрантов, инакомыслящих, неформальной молодёжи, чернокожих немцев, бездомных или людей нетрадиционной сексуальной ориентации.

Мы окажем Вам помощь, если Вы, Ваши близкие или знакомые подвергаетесь оскорблениям, угрозам или являетесь жертвой нападения со стороны неонацистов. Мы предоставим Вам возможность рассказать о происшедшем в конфиденциальной обстановке, поможем преодолеть последствия насилия и найти пути выхода из этой ситуации.

Мы даём юридические советы, сопровождаем Вас при походе в полицию и другие государственные учреждения, организуем медицинскую и психологическую помощь, юридическую поддержку, а также помогаем найти переводчика и, если Вы этого желаете, привлекаем внимание общественности. Во всех наших действиях мы ориентируемся на Ваши потребности. Вы решаете, какие шаги Вы хотите предпринять.

إستشارة – مساعدة – تضامن

كثيرا ما يمارس عنف اليمين المتطرف و العنف العنصري ضد المهاجرين ، المعارضين السياسيين ، الشباب من المنتمين إلى الاتجاهات السياسية البديلة ، الألمان ذوي البشرة السوداء ، الأشخاص بدون مأوى ، الأشخاص ذوي الميول الجنسية المختلفة.

نقدم لكم المساعدة إذا تعرضتم أو أي شخص من أقاربكم أو أصدقائكم إلى الإهانة ، التهديد أو الإعتداء الفعلي من طرف أشخاص ينتمون إلى اليمين المتطرف. نمنح لكم مكانا آمنا للحديث عن تجاربكم التي عشتوها نساعدكم على التغلب على آثار عنف اليمين المتطرف والعنف العنصري وكسب مجالات جديدة للعمل.

نقدم لكم الإستشارة بشأن الأسئلة القانونية ، نرافقكم إلى مركز الشرطة أو السلطات المحلية الأخرى. نقوم بتوفير المساعدة الطبية ، العلاج ، المشورة القانونية و مترجمين. عند الرغبة يمكننا المساهمة في التضامن العام معكم. لكم اتخاذ القرار ما هي الخطوات التي تريدون اتباعها.